

Bisher kaum gebremst

Konjunktur. Trotz der deutlich gestiegenen Energiepreise und der dadurch höheren Inflation bleiben die Prognosen für die deutsche Wirtschaft günstig. Im Schnitt erwarten die Experten für 2011 ein reales Wachstum von 2,5 Prozent.

Nicht erst seit dem Ausbruch der Unruhen in Libyen ziehen die Energiepreise kräftig an – im Februar 2011 waren sie gut 10 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Angesichts dessen, dass sich auch zahlreiche andere Rohstoffe zuletzt stark verteuert haben, sind die Inflationserwartungen für Deutschland allerdings noch relativ moderat – auch

wenn die von Consensus Economics in London monatlich ermittelte Durchschnittsprognose für die deutsche Inflationsrate deutlich gestiegen ist (Grafik):

Im Oktober 2010 hatten die Experten für Deutschland 2011 im Schnitt eine Teuerungsrate von 1,4 Prozent erwartet – im Februar 2011 wurden 1,9 Prozent prognostiziert.

Die steigenden Verbraucherpreise beeinflussen auch die Konjunktur. Denn wenn die privaten Haushalte mehr für – importiertes – Benzin und Heizöl zahlen müssen, haben sie weniger Geld für den Konsum inländischer Produkte übrig. Doch trotz dieser Bremseffekte rechneten die Konjunkturforscher im Februar damit, dass der reale private Verbrauch 2011 um 1,5 Prozent steigen wird.

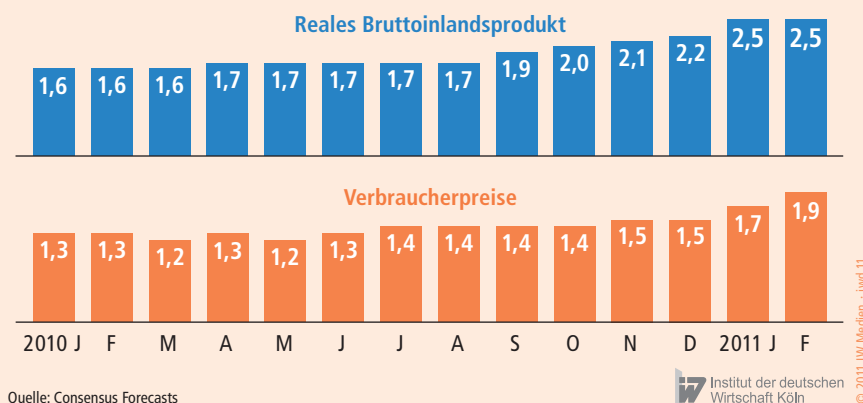
Damit bleibt die deutsche Wirtschaft 2011 auf Wachstumskurs:

Laut Consensus Forecasts vom Februar 2011 wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im laufenden Jahr um 2,5 Prozent zulegen.

Inzwischen erwarten selbst die pessimistischsten Konjunkturforscher einen BIP-Anstieg um 2 Prozent, die höchste Prognose steht bei 3,6 Prozent. Neben dem privaten Konsum treiben vor allem die Investitionen den Wirtschaftsmotor an. Im vergangenen Jahr trug die Inlandsnachfrage 2,5 Punkte zum BIP-Zuwachs von 3,6 Prozent bei – die lebhafteste Investitionstätigkeit machte die Hälfte dieses Wachstums aus.

Deutsche Konjunktur: Das Wachstum zieht an

Durchschnittlich erwartete Veränderung für 2011 gegenüber Vorjahr in Prozent



In dieser Woche

Grundsteuer:
Die den Kommunen zufließende Grundsteuer muss anders berechnet werden.
Seite 2

Mietrechtsreform:
Um die Sanierung von Wohnimmobilien voranzutreiben, soll im Herbst ein neues Mietrecht vorliegen.
Seite 3

Arabischer Raum:
Ein Ende der politischen Instabilität im Nahen Osten ist vorerst nicht absehbar.
Seite 4-5

Bundesländer:
Ab 2020 gilt die Schuldenbremse. Potenzial für Einsparungen ist überall vorhanden.
Seite 6

Sachsen-Anhalt:
Am 20. März wird ein neuer Landtag gewählt. Wirtschaftlich geht es bergauf.
Seite 7

Binnenschifffahrt:
Auf dem Rhein wird es für Frachter eng. Abhilfe schaffen könnte ein neuer Umschlagplatz.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Steuerwerte neu messen

Grundsteuer. Die den Kommunen zufließende Grundsteuer muss anders berechnet werden. Nach wie vor wird der Wert einer Immobilie – die Bemessungsgrundlage – nach jahrzehntealten Tabellen festgesetzt.

Der Bundesfinanzhof drängt schon länger auf eine Reform der Grundsteuer. Die Richter regen an, den aktuellen Wert der Gebäude und Grundstücke als Bemessungsgrundlage herzunehmen. Das ist aber nur mit einem hohen bürokratischen Aufwand machbar (Kasten). Der Gesetzgeber könnte zudem die Gelegenheit nutzen, den Kommunen höhere Einnahmen zuzuschustern.

Diese Befürchtungen sind angesichts der Finanznot vieler Städte und Gemeinden nicht von der Hand zu weisen. Denn die Grundsteuer ist als Einnahmequelle für die Kommunen von großer Bedeutung. Außerdem fließt sie – anders als die Gewerbesteuer – recht stetig (Grafik).

Allerdings hat diese Steuerquelle den Makel, dass 6 Prozent des Aufkommens allein für die Erhebung

draufgehen – üblich sind 3 Prozent. Die notwendige Reform muss daher auch darauf zielen, den Erhebungsaufwand zu senken.

Bisher haben die von den Länderfinanzministern eingesetzten Experten jedoch noch keinen von allen Seiten akzeptierten Reformvorschlag vorgelegt. Den gordischen Knoten könnte jetzt ein Kompromissmodell des Freistaats Thüringen durchschlagen:

Danach sollte zunächst einmal die Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe abgeschafft werden. Sie macht ohnehin lediglich rund 5 Prozent des gesamten Grundsteueraufkommens aus.

Ferner soll bei unbebauten Grundstücken als Bemessungsgrundlage der neuen Grundsteuer die Grundstücksfläche herangezogen werden, die mit dem sogenannten Bodenrichtwert – der nach der Attraktivität der Fläche gestaffelt ist – multipliziert wird. Über entsprechende Werte verfügen die Katasterämter bereits, was die Erhebung der Grundsteuer erleichtern würde.

Einheitswerte

Um die Steuerschuld festzusetzen, werden bisher als Bemessungsgrundlage sogenannte Einheitswerte verwendet. Diese vom Finanzamt festgesetzten Richtwerte für Grundstücke und Gebäude liegen in der Regel deutlich unter dem tatsächlichen Verkehrswert der Immobilien. Denn die wirklichen Werte wurden zuletzt in Ostdeutschland 1935 und in Westdeutschland 1986 ermittelt. Seitdem sind sie lediglich fortgeschrieben worden.

Die tatsächlichen Werte von Gebäuden und Grundstücken sind eigentlich nur über ihren Marktwert, also durch den Verkauf, zu ermitteln. Da ein Verfahren, das den Verkauf simuliert, wegen des hohen Aufwands ausscheidet, müssen andere Bewertungsmethoden gefunden werden.

Im Fall von bebauten Wohngrundstücken verwendet das neue Steuermodell zusätzlich den Gebäudewert als Bemessungsgrundlage. Dieser setzt sich zusammen aus der bebauten Grundfläche aller Ebenen des Bauwerks sowie einem von der Kommune vorab festgelegten sogenannten Äquivalenzwert. Er berücksichtigt die Erschließungs- und Infrastrukturaufwendungen der Kommune; auch diese sind der Gemeinde bekannt.

Der Vorschlag Thüringens hat schon deshalb einen gewissen Charme – schließlich ist er ohne eine weitere Datenerhebung umzusetzen. Auch Hauseigentümer dürften die Idee akzeptieren, weil sie nicht willkürlich ist, sondern einer gewissen Logik folgt: Höherwertige Immobilien werden höher besteuert als geringerwertige.

Grundsteuer: Stabile Einnahmequelle der Gemeinden

in Millionen Euro

	2008	2009	2010	2011	2012
Steueraufkommen der Gemeinden insgesamt	77.000	68.385	69.111	72.302	77.137
darunter:					
Grundsteuer A	355,8	356,4	357	357	357
Grundsteuer B	10.415	10.580	10.840	11.055	11.270
Anteil der Grundsteuer am Gesamtaufkommen in Prozent	14,0	16,0	16,2	15,8	15,0

2010 bis 2012: Schätzung; Grundsteuer A: Flächen und Gebäude der Land- und Forstwirtschaft, private und betriebliche Grundstücke; Sonderregelungen in den neuen Bundesländern; Grundsteuer B: übrige Grundstücke und Gebäude einschließlich der betrieblich genutzten; Ursprungsdaten: Arbeitskreis Steuerschätzung

Energetische Sanierung muss sich rechnen

Mietrechtsreform. Die Bundesregierung will bis zum Herbst einen Entwurf für ein neues Mietrecht vorlegen – nicht zuletzt, um die energetische Sanierung der 18 Millionen Wohnimmobilien in Deutschland voranzutreiben.

Bis 2050 soll der CO₂-Ausstoß von Wohnhäusern, der durch Heizen und den Warmwasserverbrauch entsteht, um 80 Prozent sinken. So sieht es das Energiekonzept der Bundesregierung vor. Konkret heißt das:

Pro Quadratmeter Wohnfläche und Jahr darf die Beheizung von Häusern ab 2050 nur noch zur Emission von zehn Kilogramm Kohlendioxid führen.

Davon sind die meisten Immobilien derzeit weit entfernt – lediglich Energiesparhäuser, die einen Primärenergiebedarf von weniger als 40 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr aufweisen, unterschreiten den angestrebten CO₂-Ausstoß (Grafik).

Für Immobilienbesitzer bedeutet dies, dass sie über kurz oder lang sanieren müssen: Wände, Dächer und Kellerdecken dämmen, Solardachanlagen installieren, Heizungen austauschen und neue Fenster einbauen.

Ein solches Sanierungspaket kostet allerdings einiges:

Experten gehen davon aus, dass die Dämmung und Modernisierung eines durchschnittlichen Einfamilienhauses mit 70.000 Euro zu Buche schlägt; der Aufwand für eine Eigentumswohnung beträgt etwa 30.000 Euro.

Für Eigenheimbesitzer lohnt sich diese Investition – schließlich sinken die Energiekosten für die selbst genutzte Immobilie. Für Vermieter hingegen sind Sanierungsprojekte ein Rechenexempel, dessen maßgeb-

Sanierung von Wohngebäuden hilft der Umwelt

So viel Kilogramm CO₂ pro Quadratmeter und Jahr verursacht(e) die Beheizung von ...



liche Größe der Mieterhöhungsspielraum ist.

Um die Sanierung von Wohnimmobilien voranzutreiben, arbeitet das Bundesjustizministerium derzeit an einer Reform des Mietrechts – schließlich sind 60 Prozent des Häuserbestands in Deutschland Mietobjekte. Aktuell gibt es für Vermieter nur zwei Möglichkeiten, die Miete im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen zu erhöhen: Entweder sie legen bis zu 11 Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Modernisierungskosten auf die Kaltmiete um, oder sie passen den Mietzins bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete an.

Damit die angestrebten CO₂-Einsparungen erreicht werden können, sollte dieses starre Korsett flexibler und transparenter gestaltet werden. Die Mietrechtsreform sollte daher an folgenden Punkten ansetzen:

1. Die feste Umlagegrenze muss aufgebrochen werden. Bislang orientiert sich die 11-Prozent-Marke nur am Investitionsvolumen, nicht aber an den daraus resultierenden Heizkos-

teneinsparungen. Das führt zu Fehlentwicklungen: Bringt eine Sanierung nur geringe Energieeinsparungen bei gleichzeitig steigender Kaltmiete, dann ist der Mieter unterm Strich zu stark belastet. Sind dagegen die Kosten und die Einsparungen hoch, dann hat der Eigentümer Schwierigkeiten, die getätigten Vorleistungen in angemessener Zeit zu amortisieren.

2. Den Vergleichsmieten mangelt es in ihrer jetzigen Form an Transparenz. Denn die Mietspiegel enthalten keine Angaben über die energetische Beschaffenheit der Gebäude. Genau dies sollten sie aber, um dauerhaft wirtschaftliche Anreize für Gebäudesanierungen zu schaffen.

3. Die Energieeinsparverordnung wird dafür sorgen, dass Immobilienbesitzer künftig mehr sanieren müssen als heute. Damit sie dies auch umsetzen können, sollten Mieter solche Maßnahmen generell dulden müssen. Diese Duldungspflicht sollte deshalb im neuen Mietrecht verankert werden.

Eine Region im Umbruch

Arabischer Raum. Mit Libyen hat die Welle des Aufruhrs nun den ersten größeren Ölexporteur erfasst. Der Preis für Brent-Öl schoss daher Anfang März mit fast 120 Dollar pro Barrel (159 Liter) auf den höchsten Stand seit dem Sommer 2008; auch die internationalen Aktienmärkte gaben nach. Ein Ende der Instabilität im Nahen Osten ist vorerst nicht absehbar.

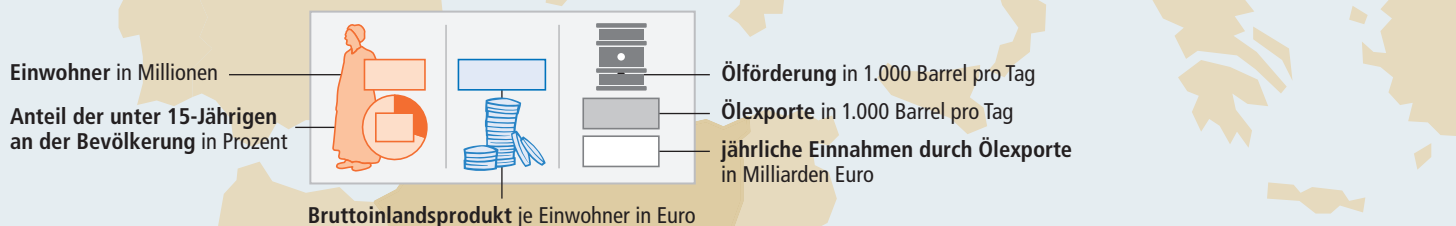
Mehr als 24 Millionen Fässer Rohöl, immerhin gut 35 Prozent der weltweiten Fördermenge, werden täglich in den arabischen Staaten und dem

Iran gewonnen; das krisengeschüttelte Libyen hat mit 46 Milliarden Barrel die größten Ölreserven Afrikas. Entsprechend nervös sind momentan

die Märkte. Sollte es zu Engpässen kommen, könnte am besten Saudi-Arabien kurzfristig einspringen. Die täglichen Kapazitäten des Wüstenstaats liegen mit geschätzten 12 Millionen Barrel um fast 4 Millionen Barrel über der aktuellen Fördermenge.

Doch bei allem Ölreichtum teilen die Länder ein Problem, das bei den aktuellen Unruhen eine große Rolle

Arabischer Raum: Nur wenige vom Wohlstand verwöhnt



Algerien 1.216

Einwohner (Millionen)	34,9
Anteil unter 15-Jährigen (%)	27
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (Euro)	2.898
Ölförderung (1.000 Barrel/Tag)	747
Ölexport (1.000 Barrel/Tag)	22,0
Ölrevenue (Milliarden Euro)	22,0

Algerien erhält fast 98 Prozent seiner Exporterlöse und die Hälfte der Staatseinnahmen aus den Verkäufen von Öl und Gas. Der Maghreb-Staat hat sich in den vergangenen Jahren bemüht, ausländische Direktinvestitionen durch weitere wirtschaftliche Standbeine im Land aufzubauen.

Libyen 1.474

Einwohner (Millionen)	6,4
Anteil unter 15-Jährigen (%)	30
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (Euro)	6.988
Ölförderung (1.000 Barrel/Tag)	1.170
Ölexport (1.000 Barrel/Tag)	22,6
Ölrevenue (Milliarden Euro)	22,6

Libyen besitzt dank seines Ölreichtums das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Afrika. Branchen jenseits des Ölsektors sind allerdings von jahrzehntelanger Plan- und Misswirtschaft geprägt. Das Land ist zudem stark auf Gastarbeiter angewiesen.

Ägypten 496

Einwohner (Millionen)	83,0
Anteil unter 15-Jährigen (%)	32
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (Euro)	1.632
Ölförderung (1.000 Barrel/Tag)	0
Ölexport (1.000 Barrel/Tag)	0,0
Ölrevenue (Milliarden Euro)	0,0

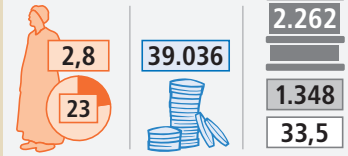
Ägypten ist mit über 80 Millionen Einwohnern das Schwergewicht in der arabischen Welt. Die geringe Ölförderung deckt allerdings noch nicht einmal den Eigenbedarf; dafür wird Gas nach Israel und Jordanien exportiert. Ein Problem des Landes: das hohe Bevölkerungswachstum von fast 2 Prozent.

spielt: Öl- und Gasexporte bringen zwar hohe Einnahmen, aber wenig Arbeitsplätze. Die Jobs in der Ölindustrie sind zudem oft von ausländischen Experten besetzt, da heimische Fachkräfte fehlen. Die hohen Exporterlöse führen gleichzeitig zur Aufwertung der heimischen Währung, sodass es sehr schwer ist, international konkurrenzfähige Industrien außerhalb des Ölsektors zu schaffen. Auch im Dienstleistungs- und Bausektor sieht es schlecht aus:

Einfache Tätigkeiten werden häufig von Gastarbeitern erledigt.

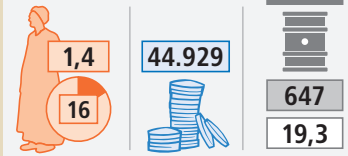
Von den Arbeitsmarktproblemen betroffen sind vor allem die jungen Menschen – und davon gibt es viele: Im Schnitt ist etwa die Hälfte der Einwohner im arabischen Raum jünger als 25 Jahre. Offiziell ist die Jugendarbeitslosigkeit zwar nicht auffällig hoch, aber viele der jungen Araber dürften trotzdem unterbeschäftigt sein und kaum Perspektiven sehen.

Kuwait



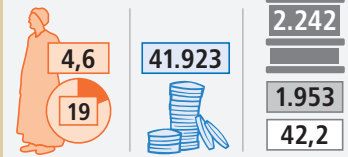
Kuwait verfügt über große Ölreserven und ist politisch stabil.

Katar



Das Emirat Katar kann auf große Gasvorräte zurückgreifen, plant aber bereits für die Ära nach Öl und Gas. Zum Zukunftskonzept zählt auch die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2022.

Vereinigte Arabische Emirate



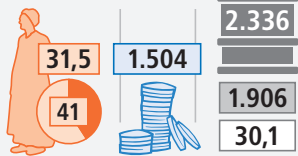
In den Vereinigten Arabischen Emiraten besitzt Abu Dhabi große Öl- und Gasvorräte, während die Partner-Emirate kaum über fossile Energieträger verfügen. Aus diesem Grund hat sich Dubai als Handels-, Finanz- und Tourismusstandort neu erfunden. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 erhielt dieses Entwicklungsmodell aber einen empfindlichen Dämpfer.

Oman



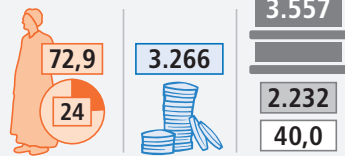
Der Oman ist ein noch junges Ölexportland, das seine Förderung von derzeit knapp 1 Million Barrel pro Tag weiter ausbaut. Obwohl das Sultanat als gut regiert gilt, gab es auch hier zuletzt Proteste.

Irak



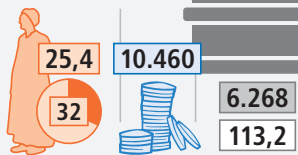
Der Irak hat noch mit den Folgen des Krieges und der vorherigen Sanktionen zu kämpfen. Die Ölförderung erreichte 2010 aber den höchsten Wert seit vielen Jahren und soll kontinuierlich weiter steigen.

Iran



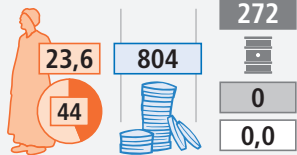
Der Iran spielt als nicht-arabisches Land eine Sonderrolle in der Region. Die Wirtschaft ist durch eine ausufernde Staatswirtschaft beeinträchtigt; Sanktionen wegen des Nuklearprogramms bremsen zusätzlich. Zwar verfügt der Iran über die zweitgrößten Öl- und größten Gasvorkommen der Welt, doch der Öllexport kann mit 2,2 Millionen Fass pro Tag keine ausreichenden Einnahmen liefern, um 73 Millionen Einwohnern wirtschaftliche Perspektiven zu bieten.

Saudi-Arabien



Saudi-Arabien verfügt über die mit Abstand größten Erdölvorräte der Welt und ist nach Russland der größte Erdölexporteur. Der Lebensstandard der gut 25 Millionen Einwohner ist aufgrund des Ölreichtums hoch, doch auch hier gibt es viele junge Menschen ohne gute Jobperspektiven. Ein Übergreifen der Unruhen auf die absolutistische Monarchie am Golf würde die größte Gefahr für die Weltwirtschaft bergen.

Jemen



Der Jemen ist das Armenhaus auf der arabischen Halbinsel; seine knapp 24 Millionen Einwohner leben überwiegend von der Landwirtschaft. Die Ölförderung betrug 2009 nur noch 272.000 Fass pro Tag und sinkt kontinuierlich. Weite Teile des Landes sind in der Hand von Stammeskriegern.

Gespart werden kann überall

Bundesländer. Um die Anforderungen der ab 2020 geltenden Schuldenbremse einhalten zu können, müssen die Bundesländer in den kommenden Jahren ihre Ausgaben zusammenstreichen – Potenzial dafür ist überall vorhanden.

Allein Sachsen steht im Vergleich der 16 Bundesländer herausragend da. Der Freistaat hat seinen Haushalt konsolidiert, belegt bei Schuldenstand, Haushaltsdefizit und Investitionsquote jeweils den besten Platz. Es könnte sogar noch besser aussehen: Über 24 Prozent der Ausgaben für Verwaltung, Zuschüsse sowie Subventionen außerhalb der eigenen Verwaltung kann Sachsen selbst bestimmen – und dort Einsparungen relativ problemlos realisieren (Grafik).

Auch Bayern sieht im Ländervergleich recht gut aus. Die Schulden

betragen nur 2.340 Euro je Einwohner. Jedoch sind die Möglichkeiten zu sparen mittelfristig geringer als in anderen Bundesländern – um wirklich etwas zu verändern, müsste Bayern seine Landesverwaltung grundsätzlich umbauen. Und der Freistaat hat noch eine besondere Last zu schultern: die Bayerische Landesbank. Die Beteiligung an diesem Geldinstitut hat die Schulden Bayerns deutlich erhöht.

In den anderen Ländern sieht es jedoch weit schlechter aus. Alle haben beträchtliche Schulden angehäuft, im Osten noch mehr als im Westen.

Die Gesamtschulden aller Länder machen mit rund 600 Milliarden Euro knapp ein Drittel der gesamten Staatsverschuldung in Deutschland aus.

Einige Westländer wie Baden-Württemberg und Hessen haben zwar

Den Ländern auf die Finger geschaut

Der Stabilitätsrat ist ein gemeinsames Gremium des Bundes und der Länder, das den Bundesländern bei ihrer Budgetführung auf die Finger schaut. So sollen Haushaltsnotlagen früh erkannt werden, um rechtzeitig gegensteuern zu können. Dafür liefern der Bund und die Länder einmal im Jahr einen Stabilitätsbericht ab. Der 2010 gegründete Rat tritt in der Regel im Frühjahr und Herbst eines Jahres zusammen und beurteilt anhand von vier Kennziffern die Haushaltslage von Bund und Ländern.

einen niedrigeren Schuldenstand als etwa Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Jedoch haben die Ostländer etwas mehr Spielraum, um ihre Ausgaben zu reduzieren.

Das Saarland und Schleswig-Holstein haben wie auch Berlin und Bremen sogar schon eine Vorwarnung bekommen: Der Stabilitätsrat, der die Länderhaushalte überwacht, hat diesen Ländern eine drohende Haushaltsnotlage attestiert (Kasten). In die Zukunft blickt der Stabilitätsrat jedoch nicht. Denn dann würde es in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz kaum besser aussehen: Die Schulden sind hoch, und das Konsolidierungspotenzial ist mit 21 bis 22 Prozent der laufenden Ausgaben gering.

Aber nur sparen hilft. Denn bei den Einnahmen haben die Länder kaum Spielraum, da sie wenig Einfluss auf die aufkommenstarken Steuerarten wie die Einkommenssteuer nehmen können. Und am Ende wird der Großteil möglicher Mehr- oder Mindereinnahmen ohnehin per Länderfinanzausgleich umverteilt.

Länderhaushalte: Nicht nur fremdbestimmt

Über so viel Prozent der Verwaltungsausgaben entscheiden die Länder selbst

		Schuldenstand in Euro je Einwohner	Drohende Haushalts- notlage
Hamburg	40,8	13.995	nein
Berlin	40,4	17.536	ja
Bremen	33,0	26.987	ja
Saarland	30,1	11.374	ja
Sachsen-Anhalt	28,3	8.743	nein
Brandenburg	26,3	7.218	nein
Sachsen	24,4	1.565	nein
Hessen	24,3	6.118	nein
Thüringen	24,1	7.273	nein
Mecklenburg-Vorpommern	24,0	5.952	nein
Rheinland-Pfalz	22,5	7.637	nein
Niedersachsen	22,5	6.807	nein
Nordrhein-Westfalen	21,3	9.691	nein
Baden-Württemberg	20,2	5.415	nein
Schleswig-Holstein	19,4	9.536	ja
Bayern	18,3	2.340	nein

Stand 2010; Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium, Stabilitätsrat

Rote Laterne abgegeben

Sachsen-Anhalt. Am 20. März wird zwischen Altmark und Saale ein neuer Landtag gewählt. Die Wirtschaftslage gab im Wahlkampf kaum Anlass zu Auseinandersetzungen. Zwar hatte Sachsen-Anhalt nach der Wende große ökonomische Probleme und musste eine gewaltige Abwanderung verkraften, doch inzwischen hat sich der Trend gedreht: Erfolgreiche Unternehmen der Chemischen Industrie, der Solarbranche und des Maschinenbaus werben um rückkehrwillige Fachkräfte.

In den 1990er Jahren wurde das einstige DDR-Industriezentrum zum wirtschaftlichen Schlusslicht Ostdeutschlands. Von 1995 bis 2003 war die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt höher als in allen anderen Bundesländern; kurz nach der Jahrtausendwende wies die Region Halle mit über 27 Prozent sogar eine der höchsten Erwerbslosenquoten in Europa auf.

Mittlerweile hat sich das Bild jedoch positiv verändert (Grafik):

Im Jahr 2009 erwirtschaftete Sachsen-Anhalt ein Bruttoinlandsprodukt von fast 22.000 Euro je Einwohner – hinter Sachsen der zweithöchste Wert Ostdeutschlands.

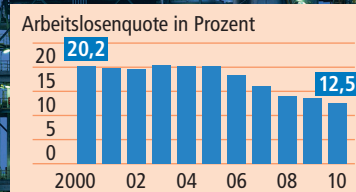
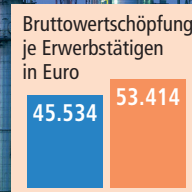
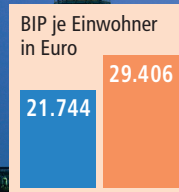
Mit einer Bruttowertschöpfung von rund 45.500 Euro je Erwerbstätigen schaffte es das Land gemeinsam mit Brandenburg sogar auf Platz eins der ostdeutschen Rangliste; der Produktivitätsrückstand zum West-Nachbarn Niedersachsen betrug weniger als 9 Prozent.

Das ist vor allem der Industrie zu verdanken. Selbst im Krisenjahr 2009 trug das Verarbeitende Gewerbe gut

Sachsen-Anhalt: Produktive Wirtschaft

2009 ■ Sachsen-Anhalt ■ Deutschland
□ Anteil Sachsen-Anhalts an Deutschland in Prozent

Einwohner in 1.000	2.368	81.862	2,9
Erwerbstätige in 1.000	1.010	40.265	2,1
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	51,5	2.407,2	2,5



Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGR), Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwv11

18 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei – von den ostdeutschen Ländern hat nur Thüringen eine noch höhere Quote.

Nach dem Zusammenbruch der DDR-Kombinate konnte sich Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahrzehnt erfolgreich reindustrialisieren: Neue Branchen haben die bisherigen Wirtschaftsschwerpunkte – die Chemische Industrie im Süden und die Nahrungsmittelindustrie im Norden – gut ergänzt. So hat sich die Solarbranche in der Region Bitterfeld angesiedelt, die Windkraftindustrie stärkt den traditionellen Maschinenbaustandort Magdeburg, und quer durchs Land entstanden Betriebe der Autozulieferindustrie.

All dies hat den Arbeitsmarkt kräftig belebt:

Im Schnitt des Jahres 2010 lag die Arbeitslosenquote Sachsens-Anhalts bei 12,5 Prozent – die rote Laterne

wurde damit an Berlin und Mecklenburg-Vorpommern abgegeben.

Da das Durchschnittsalter der Bevölkerung in den vergangenen Jahren gestiegen ist und die Einwohnerzahl schrumpft, droht nun sogar ein Fachkräftemangel, der den wirtschaftlichen Aufschwung bremsen könnte.

Ein ebenfalls drückendes Problem des Landes sind seine Finanzen. Zwar stockt der Bund den sachsen-anhaltischen Haushalt auf – aus dem Solidarpakt II fließen von 2005 bis 2019 insgesamt rund 25 Milliarden Euro. Doch ab 2020 gibt es kein Geld mehr. Gleichwohl hat die Regierung in Magdeburg die vor allem in den 1990er Jahren aufgehäuften hohen Schulden am Hals: Im Jahr 2010 stand jeder Einwohner statistisch gesehen mit mehr als 8.700 Euro in der Kreide – im Schnitt aller Bundesländer betrug die Pro-Kopf-Verschuldung dagegen weniger als 7.300 Euro (vgl. Seite 6).

Warten auf die Weiterfahrt

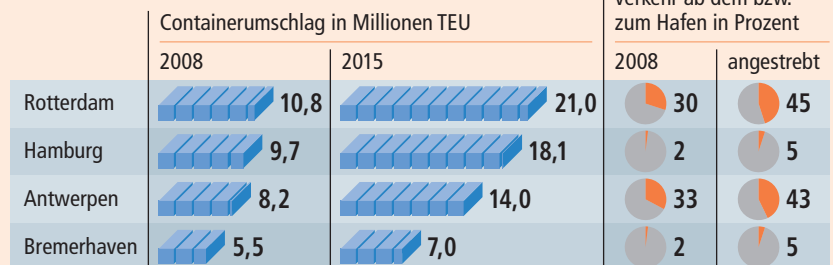
Binnenschifffahrt. Der größte Teil des Binnenschiffverkehrs in Deutschland läuft über einen einzigen Fluss: den Rhein. Weil die meisten Schiffe die Seehäfen ansteuern, kommt es dort und im Hinterland inzwischen zu langen Wartezeiten.

Im Jahr 2009 erbrachten Binnenschiffe in Deutschland eine Transportleistung von 55,7 Milliarden Tonnenkilometern – zwei Drittel der Transporte werden über den Rhein verschifft. Dass dieser Strom so stark befahren wird, liegt an den Seehäfen Rotterdam und Antwerpen. Über diese beiden Häfen wird ein großer Teil des deutschen Außenhandels abgewickelt (Grafik):

Rund 30 Prozent der Waren, die in den westeuropäischen Häfen anlanden, wurden zuvor oder anschließend mit Binnenschiffen über den Rhein transportiert.

Den Wasserstraßen kommt künftig sogar eine noch größere Bedeu-

Schifffahrt: Rund um den Rhein wird es eng



TEU: Twenty Foot Equivalent Unit – Standardcontainer; 2015: Prognose
Quellen: Eurostat, Institut für Seeverkehr und Logistik, Contargo

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - iwD 11

tung zu. So sollen langfristig 45 Prozent des Hinterlandverkehrs ab dem bzw. zum Rotterdamer Hafen per Binnenschiff abgewickelt werden.

Schon heute jedoch sind die Terminals der Seehäfen überlastet – was insbesondere die Binnenschiffer trifft. Denn bei der Vergabe von Liegezeiten am Kai genießen sie eine geringere Priorität als ihre Hochsekollegen, sodass die Binnenschiffe häufig lange auf einen freien Platz warten müssen. Außerdem müssen sie üblicherweise mehrere Terminals im Hafen anlaufen, um ihre Ware zu löschen. Die Folge:

Bei den Rheinfrachtern entfallen im Schnitt nur noch 43 Prozent der Transportphase auf die eigentliche Fahrt, die restliche Zeit warten die Schiffe im Hinterland (13 Prozent) oder im Seehafen (44 Prozent).

Dieses Problem ließe sich lösen, indem man die Arbeiten, die im

Seehafen anfallen, vorverlagert. Ein Konzept dazu gibt es bereits: der Bau eines sogenannten Megahubs am Niederrhein. An solch einem Umschlagplatz könnten die Frachten vorsortiert, gebündelt und im regelmäßigen Linienverkehr zu den einzelnen Terminals in den Seehäfen gebracht werden.

Damit ein Megahub auch wirklich effizient ist, sollten dort mindestens eine Million Container im Jahr umgeschlagen werden. Außerdem müssen sich genügend Transporteure an der Nutzung der Umladestation beteiligen. Damit dies sichergestellt ist, wäre ein neutraler Betreiber förderlich. Um ein solches Großprojekt zu stemmen, ist also staatliches Engagement gefragt. De facto passiert derzeit jedoch genau das Gegenteil: Kommunen und Bundesländer neigen nämlich dazu, ihre eigenen kleinen Häfen zu fördern.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.